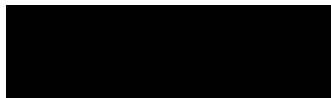


W

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Zur Entwicklung des deutsch-israelischen Verhältnisses

- Ausarbeitung -



Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages

Verfasser/in: [REDACTED]

Das deutsch-israelische Verhältnis: Außenpolitik zwischen Schuld, Sühne und Schlusstrich?

Ausarbeitung WD 1 - 110/07

Abschluss der Arbeit: 7. August 2007, Überarbeitung 24. April 2008

Fachbereich WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Telefon: + [REDACTED]

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Die Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste sind dazu bestimmt, Mitglieder des Deutschen Bundestages bei der Wahrnehmung des Mandats zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Diese bedürfen der Zustimmung des Direktors beim Deutschen Bundestag.

-Inhalt

1.	Einleitung	4
2.	Das Luxemburger Abkommen von 1952	7
2.1.	Frühe jüdische und israelische Vorstellungen zur Frage von Reparationen	7
2.2.	Der schwierige Weg der Bundesrepublik zur Wiedergutmachung	8
2.3.	Deutsche und israelische Realpolitik als Weg zum Luxemburger Abkommen	10
2.4.	Einschätzungen des Luxemburger Abkommens	12
3.	Der lange Weg zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1965	13
3.1.	Die deutsche Israelpolitik zwischen Hallstein-Doktrin und moralischer Indifferenz	13
3.2.	Pro oder contra Israel: Ludwig Erhards Durchbruch	15
4.	Spannungen und Irritationen zwischen Israel und der Bundesrepublik: das Beispiel 1991	18
5.	Resümee : „Normale“ Beziehungen zwischen Israel und Deutschland?	19
6.	Literaturverzeichnis	22

1. Einleitung

2005, anlässlich des 40. Jahrestages der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland, gab es ein Novum in der Geschichte beider Länder: Über zwei Monate erarbeiteten Planungsstäbe des Auswärtigen Amtes und des israelischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten ein gemeinsames Papier mit dem Titel ‚Erinnerung und Ausblick‘, das nach dem Stellenwert der Erinnerung fragt und grundsätzliche Überlegungen zu den gemeinsamen Werten und Interessen anstellt.¹ In diesem Papier heißt es:

„Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Verpflichtung zur Bewahrung der Erinnerung und des moralischen Bekenntnisses Deutschlands zur Sicherheit und zum Wohl des Staates Israel ist das wechselseitige Verständnis zwischen beiden Ländern und Völkern ein fortlaufender Prozess, dessen wesentliche Bestandteile sich kontinuierlich weiterentwickeln. Die beiden Länder und Völker sind aus entgegengesetzten Positionen in diesen Prozess eingetreten, und dies macht ihr Verhältnis so einzigartig.“²

Wie entgegengesetzt die Positionen 1949 waren, als beide Länder gerade neu als völkerrechtliche Subjekte in Erscheinung getreten waren, ist heute nur noch schwer vorstellbar.

Der eliminatorische Antisemitismus, aus einer langen Tradition des Antisemitismus heraus entstanden und während der 12 Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft offizielle Ideologie in Deutschland, hatte tiefe Spuren hinterlassen und war keineswegs mit dem Kriegsende 1945 zum Relikt einer ungeliebten Vergangenheit geworden. Offen geäußertes Antisemitismus war zwar von den Besatzungsmächten für untolerierbar erklärt und unter Strafe gestellt worden, antisemitisches Gedankengut manifestierte sich aber nach wie vor in der Bevölkerung, zwar eher hinter vorgehaltener Hand, aber keineswegs nur auf „Stammtischebene“.³ Berührungspunkte, und damit Reibungspunkte zwischen Deutschen und Juden ergaben sich in der Besatzungszeit in erster Linie bei der Begegnung mit so genannten *Displaced Persons* (DP's), ehemaligen Zwangsarbeitern aus ganz Europa, darunter nicht wenige Juden, die auf ihre Ausreise beziehungsweise Rückführung in ihre Heimatländer warteten.

„Die schlechte körperliche Verfassung der DP's und ihre äußere Erscheinung, der Gesichtsausdruck und die Körpersprache dieser Menschen, ihre schäbige Kleidung

1 Für den israelischen Planungsstab war Eli Levi, unter Beteiligung der israelischen Botschaft in Berlin, federführend, für den deutschen Planungsstab waren es Burghard Brinksmeier und Joscha Schmierer. Das Papier wurde am 8. September 2005 in Tel Aviv finalisiert. Es ist im Wortlaut abgedruckt in: *Internationale Politik*. Jg. 61. 2006. Heft 6. 77-81.
2 *Erinnerung und Ausblick* (2006), 77.
3 Jelinek (2004), 30.

und oft auch ihr asoziales Verhalten schienen die Propaganda der Nationalsozialisten zu bestätigen.“⁴

In weit geringerer Anzahl als mit DP's kamen Deutsche in Berührung mit jüdischen Heimkehrern aus dem Exil und deutschen Juden, die in Konzentrationslagern oder im Untergrund überlebt hatten. Erstere zogen Neid auf sich, vor allem wenn sie im Exil Vermögen erworben hatten, letztere waren in der Regel in schlechtester physischer und psychischer Verfassung und zogen so – ähnlich den DP's – antisemitische Vorurteile jeglicher Art auf sich. Die Wahrnehmung und Verarbeitung der fabrikmäßig organisierten Ermordung von sechs Millionen Juden durch Deutsche sowie eine geistige Auseinandersetzung damit setzte bei der deutschen Bevölkerung, die zu weiten Teilen in katastrophalen äußeren Verhältnissen und persönlichem Leid um ihr Überleben kämpfte, allenfalls zögerlich und gegen große Widerstände ein. Apathie und halbherzige Anteilnahme konstatierten mit Sorge die westlichen Besatzungsmächte bei der deutschen Bevölkerung als hauptsächliche Reaktion auf die zunehmenden Informationen über die NS-Verbrechen.⁵ Interesse für den 1948 gegründeten Staat Israel und die Idee einer wie auch immer gearteten Wiedergutmachung an den Juden waren dem Alltag und Denken der allermeisten Deutschen dieser unmittelbaren Nachkriegszeit sehr fern.

Der neue Staat Israel seinerseits wollte zunächst mit Deutschland und den Deutschen nichts zu tun haben. Die israelische Regierung untersagte im Januar 1950 den Handel mit Deutschland, was allerdings den Bedürfnissen der Wirtschaft zuwider lief und nicht durchsetzbar war. Das israelische Außenministerium und das israelische Einwanderungsministerium versuchten private Besuche zwischen Deutschland und Israel zu unterbinden und führten 1950 den Passvermerk ein „Für alle Länder gültig außer für Deutschland“. Aber auch diese Bestrebungen wurden unterlaufen. In der Knesset drückten sich antideutsche Gefühle und Bestrebungen in verschiedenen Gesetzen aus, so beispielsweise 1949 in einem Gesetz über das deutsche Eigentum auf israelischem Territorium, das in der Bundesrepublik Empörung auslöste.⁶ Die Frage der Verantwortung für das unfassbare Verbrechen des Holocaust schließlich wurde nicht nur in den deutschen Eliten, sondern auch in Israel diskutiert. In beiden Ländern wurde sachlich und oft auch emotional über Schuld und Sühne, Täter und Mitläufer, Mitwisser und Nichtwissen re-

4 Jelinek (2004), 17. Ausführlich zu den DP's: 20-28.

5 Noch 1949 forderte der letzte ständige Berater für jüdische Angelegenheiten Harry Greenstein den US-Hochkommissar John J. McCloy mehrmals auf, den neuen Bundespräsidenten Theodor Heuss und Bundeskanzler Konrad Adenauer zu einer öffentlichen Erklärung zu bewegen, die eine „Verurteilung des Antisemitismus und eine klare Absage an das NS-Konzept der Minderwertigkeit sozialer Minderheiten darstellt“. Jelinek (2004), 34. – Yeshayahu A. Jelineks Buch ragt aus der Literatur zu den deutsch-israelischen Beziehungen dadurch heraus, dass es sich auch mit dem Zeitraum zwischen 1945 bis 1952 befasst, der bei anderen Autoren in der Regel ausgespart bleibt.

6 Jelinek (2004), 41. Benyamin Neuberger führt auch einen Boykott der deutschen Sprache im israelischen Rundfunk und das Einfuhrverbot für deutsche Bücher, Zeitschriften und Zeitungen als Beispiele der Haltung Israels zu Deutschland in dieser Zeit an. Neuberger (2005), 14.

flektiert und gestritten – verständlicher Weise aus zumindest unterschiedlicher, wenn nicht konträrer Perspektive.⁷ In dem genannten gemeinsamen deutsch-israelischen Papier von 2005 spiegelt sich das noch wider in der Formulierung „[...] es gibt die Erinnerung der Opfer und die der Täter“.⁸

Dass es später einmal möglich sein würde, eine gemeinsame Aussage zu machen, die lautet

„Im Laufe der vergangenen 40 Jahre haben Deutschland und Israel erfolgreich Brücken gebaut, die als Grundlage eines historischen Prozesses der gegenseitigen Verständigung dienen.“⁹,

war damals auf beiden Seiten vermutlich unvorstellbar. Dass es doch möglich wurde, verdankt sich realpolitischem Denken, großer Bereitschaft beiderseits, die andere Seite zu hören und sich immer wieder um Gehör und Verständnis zu bemühen, aber auch dem Einsatz von einzelnen Politikern wie David Ben Gurion (1886-1973) und Konrad Adenauer (1876-1967), später auch Willy Brandt (1913-1992), Joschka Fischer und Angela Merkel.

Wesentliche Meilensteine des Annäherungsprozesses zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland stellen das Luxemburger Abkommen („Wiedergutmachungsabkommen“) vom September 1952 und die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen im Jahr 1965 dar. Über mehr als 40 Jahre hinweg nahmen Anzahl und Intensität der Kontakte zwischen den beiden Ländern zu, es kam aber auch immer wieder zu Irritationen und Spannungen, vor allem durch die enorme Vorbelastung der in der Nazizeit begangenen Verbrechen am jüdischen Volk, aber auch die ganz unterschiedlichen innen- und außenpolitischen Entwicklungen, die Israel und Deutschland nahmen. Von einer „Normalisierung“ der Beziehungen, wie sie immer wieder von deutscher Seite intendiert war, konnte und kann nie wirklich die Rede sein. Oder, wie es der israelische Schriftsteller Amos Oz in seiner Schrift Israel und Deutschland ausdrückte:

„Vor allem: keine Normalisierung. Normale Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind nicht möglich und nicht angemessen. Normale Beziehungen können zwischen Norwegen und Neuseeland bestehen oder zwischen Uruguay und Sri Lanka. Zwischen Deutschland und dem jüdischen Volk herrschen seit über zweihundert Jahren ambivalente Beziehungen, intensive, tiefe und verletzte, komplizierte und vielschichtige Beziehungen. Keine normalen Beziehungen.“ Und er schließt:

„Der Alltag Deutschlands, zumindest nach dem Fall der Berliner Mauer, ist ein normaler westeuropäischer Alltag. Jene, deren Eltern in Europa ermordet oder gezwungen worden sind, in äußerster Not von dort zu fliehen, tragen noch die Narben des Mordes und müssen weiterhin mit seinen Folgen und den Folgen seiner Folgen kämpfen. Eine ungeheure

7 Jelinek (2004), 40-43.

8 Erinnerung und Ausblick (2006), 77.

9 Erinnerung und Ausblick (2006), 81.

Kluft tut sich also auf zwischen der Situation, in der die Nachkommen der Mörder sind, und der, in der sich die Nachkommen der Ermordeten befinden. Auch wegen dieser Kluft hat es keinen Sinn, von einer Normalisierung zu sprechen. Man sollte besser über eine Intensivierung der Beziehungen sprechen, nicht von einer Normalisierung.¹⁰



Versteht man die Entwicklung des deutsch-israelischen Verhältnisses als eine solche Intensivierung, kann sie spätestens seit den ersten deutsch – israelischen Regierungskonsultationen und der Rede von Bundeskanzlerin Merkel vor der Knesset als „Erfolgsgeschichte“ gelesen werden.¹¹

2. Das Luxemburger Abkommen von 1952

2.1. Frühe jüdische und israelische Vorstellungen zur Frage von Reparationen

Die *Jewish Agency for Palestine* (JAFP) hatte in der Überzeugung, dass das NS-Regime eine Niederlage erleben müsse, schon 1939 das so genannte *Department for Recovery of Property of German Jews* (DRPGJ) gegründet. In Briefwechseln und Papieren der JAFP ist die Rede von Entschädigungsansprüchen, Schadenersatzansprüchen, Hitlerschäden u. ä. Deutsche, österreichische und tschechische Emigrantenverbände tauschten sich in unterstützender Absicht dazu aus und versuchten auch führende zionistische Persönlichkeiten, wie z. B. Chaim Weizmann (1874-1952), für die Thematik zu interessieren. Diese Briefe und Memoranden gelten als Wegbereiter des jüdischen Standpunktes in der Reparationsfrage. Im November 1941 wurde das Thema der Entschädigung von Nahum Goldmann (1894-1982), Begründer des Jüdischen Weltkongresses, anlässlich einer Tagung der Panamerikanischen Konferenz des Jüdischen Weltkongresses in Baltimore, Maryland, erstmals öffentlich angesprochen.¹² Da die Konferenz von Jalta (Februar 1945) nur Staaten als berechtigt für den Erhalt von Reparationen erklärte, ergab sich für die Juden als Bürger von diversen Staaten oder Staatenlose die Situation, zwar zu den Hauptleidtragenden des NS-Regimes und des Krieges zu gehören, aber keinen Anspruch auf kollektive Entschädigung zu haben. Weder in Jalta noch auf der Konferenz von Potsdam befassten sich die Alliierten mit den jüdischen Wiedergutmachungsansprüchen – trotz der Bemühungen verschiedener jüdischer Organisationen (darunter JAFP) und jüdischer Persönlichkeiten.

Zu einer Wendung konnte es hier erst kommen mit der Gründung des Staates Israel (1948), wo sich im März 1949 die Regierung zumindest ein Mal mit dem Thema der

10 Israel und Deutschland (2005), 7 und 54.

11 So auch Weingardt (1998), 112, der die letzte Entwicklung freilich noch berücksichtigt

12 Weitere Details dazu aus der Zeit bis 1945 siehe Jelinek (2004), 49-52.

Reparationen befasste, aber: „Erst die Gründung der Bundesrepublik Deutschland erfüllte die Reparationsidee wieder mit Leben.“¹³

2.2. Der schwierige Weg der Bundesrepublik zur Wiedergutmachung

Zwischen 1945 und 1949, solange es noch keine Bundesregierung und keinen Bundestag gab, hatten die deutschen Länder unter Anweisung der Besatzungsmächte Wiedergutmachungsgesetze erlassen. Der Wiedergutmachung in diesem Rahmen waren aber enge Grenzen gesetzt, da sie abhing vom Wohnsitz des Antragstellers in Deutschland am Beginn seiner Verfolgung. Alle Juden, die erst im Krieg als Einwohner besetzter Länder unter deutsche Herrschaft kamen, waren davon also ausgeschlossen.¹⁴ Auch nach Gründung der Bundesrepublik blieben die Länder mangels anderer Regelungen zunächst zuständig für individuelle Wiedergutmachung. Die deutschen Instanzen waren den jüdischen Anliegen nicht sonderlich wohl gesonnen, was den Hochkommissar wiederholt dazu veranlasste, bei den Ministerpräsidenten der Länder auf eine flexiblere Haltung und die Beendigung von bürokratischen Blockierungen zu drängen. In der Regel blieben die Entscheidungen zu offenen Fragen von Restitution oder Entschädigung aber den einzelnen Beamten vor Ort überlassen, die je nach politischer Vergangenheit und persönlicher Einstellung dem Anliegen gut oder weniger gut gesonnen waren. Oft kam es zu Verzögerungen von Entschädigungszahlungen.¹⁵

Während sich Bundespräsident Theodor Heuss (1884-1963) von Anfang an für die Versöhnung von Juden und Deutschen einsetzte, kamen aus der deutschen Bevölkerung mehrheitlich unfreundliche Töne über Juden und ihre Restitutionswünsche. Vor allem Besitzer „arisierten“ jüdischen Besitzes sahen sich als Opfer von „habgierigen jüdischen Bittstellern“¹⁶. Sie schlossen sich zu Organisationen zusammen und machten durch Öffentlichkeitskampagnen auf sich und ihre Anliegen aufmerksam, die weitgehend eine positive Resonanz fanden.

Der deutschen Bevölkerung war offenbar klar, dass Reparationen zu leisten sein würden. Schon im Mai 1947 war von der *Opinion Survey Section* der amerikanischen Militärregierung (*Office of Military Government for Germany (US)* = OMGUS) in einer Umfrage ermittelt worden, dass 82 Prozent der Bürger in der Amerikanischen Zone, des amerikanischen Sektors und des britischen Sektors von Berlin mit Reparationen rechne-

13 Jelinek (2004), 53. Zu den jüdischen Vorstellungen der Arten von Reparationen (Restitution (Rückgabe), Entschädigung und so genannte Dritte Masse (Reparationen): 53-56.

14 Gillissen (1988), 557.

15 Jelinek (2004), 60-61.

16 Jelinek (2004), 61. Zum Zusammenhang von Antisemitismus und Widerstand gegen Restitution ausführlich der Aufsatz von Rainer Erb (1990), der darin auch ausführlich die von 1950 bis 1954 erscheinende Zeitschrift ‚Die Restitution‘ vorstellt.

ten, die noch über denen nach dem Ersten Weltkrieg liegen würden.¹⁷ Im August 1949 antworteten in einer Umfrage von Allensbach auf die Frage „Glauben Sie, dass Deutschland gegenüber den noch lebenden deutschen Juden die Pflicht zur Wiedergutmachung hat?“ 54 Prozent mit „ja“, 31 Prozent mit „Nein“ und 15 Prozent waren unentschieden. Im Oktober 1951 meinten 68 Prozent der Bundesbürger, die Juden, die gelitten hätten, sollten Hilfe erhalten, während Hilfe für Kriegswitwen und –waisen von 96 Prozent bejaht wurde.¹⁸ Zur gleichen Zeit, Oktober 1951, glaubten immerhin 21 Prozent der Westdeutschen, dass die Juden zumindest teilweise für das, was ihnen widerfahren sei, verantwortlich seien.¹⁹

Befremdend aus heutiger Sicht ist die Tatsache, dass zwischen 1949 und 1952 in Westdeutschland die Toleranz („tolerante Äußerungen“ nach der Formulierung von Allensbach) über Juden abnahm (von 41 Prozent auf 23 Prozent) und gleichzeitig die „antisemitischen Äußerungen“ zunahmen (von 23 auf 34 Prozent).²⁰ Auf konkrete jüdische Forderungen reagierte die deutsche Öffentlichkeit 1949/50 überwiegend „mit großem Unwillen“²¹. Seit 1950/51 kam es aber auch zu Verschiebungen der öffentlichen Meinung zu den Juden und zu Israel, vor allem in christlichen – katholischen und evangelischen – Kreisen, denen es unter dem Aspekt der Versöhnung um ein besseres Verhältnis zum Judentum ging. Der Einfluss der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit nahm zu, Intellektuelle bemühten sich um einen Brückenschlag zwischen Deutschen und Juden, und in der Presse mehrten sich die Stimmen, die für ein neues Verhältnis zu den Juden plädierten. In diesem Zusammenhang wurde auch der aus dem religiös-christlichen Bereich stammende Begriff „Sühne“ benutzt, verstanden als Reue für begangene Sünden, in Verbindung mit dem Gedanken der Besserung und der Reparation, also „Wiedergutmachung“. Auf diesen Gedanken von Sühne und Wiedergutmachung beriefen sich nun zunehmend die führenden Persönlichkeiten der Öffentlichkeit, die sich für eine Versöhnung mit dem Judentum einsetzten.²²

Diese Entwicklungen, aber auch amerikanischer und britischer Druck, ausgeübt vom Hochkommissar John J. McCloy, und nicht zuletzt der nicht nachlassende Druck der oppositionellen SPD, die sich konsequent aussprach für die Erneuerung des jüdischen Lebens in Deutschland und für Wiedergutmachung, führten zu Adenauers Erklärung

17 Wolffsohn (1986), 35. Hier war nach Reparationen allgemein gefragt worden, nicht nach Wiedergutmachung für Juden oder für Israel.

18 Wolffsohn (1986), 36-37.

19 Laut einer Umfrage des HICOG (*High Commissioner for Germany*), zitiert bei Wolffsohn (1986), 36.

20 Wolffsohn (1986), 36.

21 Jelinek (2004), 67.

22 Jelinek (2004), 112.

vom September 1951²³. Mit diesem offiziellen Schuldeingeständnis der deutschen Regierung, von Israel schon lange gewünscht, war die Voraussetzung geschaffen worden, dass Deutschland und Israel in Verhandlungen über eine Wiedergutmachung eintreten konnten. Die These einer Kollektivschuld wurde von Adenauer in dieser Erklärung verneint²⁴, eine Verpflichtung zu moralischer und materieller Wiedergutmachung hingegen bejaht. Auch wenn die Erklärung auf Skepsis und Kritik stieß²⁵, vor allem von israelischer Seite, so wurde sie letztendlich doch von Israel akzeptiert und öffnete den Weg für Verhandlungen.

2.3. Deutsche und israelische Realpolitik als Weg zum Luxemburger Abkommen

Gegner der Wiedergutmachung gab es auf deutscher wie auf israelischer Seite. In Deutschland waren das in erster Linie Finanz- und Bankkreise, der Finanzminister Fritz Schäffer (CSU) (1888-1967) und der Bankier Hermann Josef Abs (1901-1994), der Leiter der deutschen Delegation auf der Londoner Schuldenkonferenz (Mai 1952), aber auch Teile der CDU/CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, schließlich auch große Teile der deutschen Bevölkerung mit antiisraelischer oder antisemitischer Einstellung.

Auf israelischer Seite fanden sich Gegner der Verhandlungen in erster Linie in der Opposition²⁶, d. h. in der eher rechts einzuordnenden Partei des späteren Ministerpräsidenten Menachem Begin (1913-1992), Cherut (*Herut*), in der in der politischen Mitte angesiedelten Partei der Allgemeinen Zionisten und auch im linken Spektrum, bei der linkssozialistischen Mapam (Vereinigte Arbeiterpartei) und bei den Kommunisten. Kritische Stimmen gab es aber auch im Regierungslager, vor allem in den orthodoxen Parteien und selbst in der stärksten Fraktion der Knesset, der gemäßigt sozialistischen Arbeiterpartei Mapai.²⁷ Begins Partei Cherut mobilisierte anlässlich der Knesset-Debatte zu den Wiedergutmachungsverhandlungen am 7. Januar 1952 Zehntausende von Demonstranten, die die Knesset mit Steinen bewarfen und zu stürmen versuchten. Menachem Begin selbst bezeichnete – und das nicht als Einziger – in der Debatte um die Wiedergutmachungsverhandlungen die materielle Rückerstattung als „Blutgeld“, deren Annahme das

23 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte. 1. WP 1949-1953. Bonn 1953. 6697 f.

24 Auch David Ben Gurion lehnte eine Kollektivschuld der Deutschen ab. Dazu Neuberger (2005), 21.

25 Dazu u. a. Jelinek (2004), 114, und Weingardt (2002), 186.

26 Durch die Wahlen zur Knesset am 25. Januar 1949 ergab sich folgende Sitzverteilung: 46 Sitze für die Mapai, 19 Sitze für Mapam, 15 Sitze für die Vereinigte Religiöse Front, 14 Sitze für Cherut, 7 Sitze für die Allgemeinen Zionisten und fünf Sitze für die Progressiven. Die Regierungskoalition wurde gebildet aus Mapai, der Religiösen Vereinigten Front, den Progressiven und den Sepharden. Dazu im Internet unter <http://www.hagalil.com/israel/independence/unabhaengigkeit/knesset> [Stand vom 1.08.2007]

27 Neuberger (2005), 15. Hier auch Auszüge aus der Debatte in der Knesset am 8. Januar 1952.

Andenken an die sechs Millionen Ermordeten entweihen und die nationale Selbstachtung der „reinen Geldgier“ opfern würde.²⁸ Diese massive Ablehnung der Verhandlungen mit Deutschland wurde von großen Teilen der israelischen Bevölkerung geteilt.²⁹ Selbst Befürworter des Abkommens kritisierten die unglückliche Wahl des Begriffs der „Wiedergutmachung“ (hebr.: *schilumim*) und wiesen darauf hin, dass Millionen von Morden nicht durch Zahlung von Geld „wieder gut gemacht“ werden könnten.

Die historische Forschung stimmt weitgehend darin überein, dass nur realpolitische Überlegungen auf deutscher und israelischer Seite Verhandlungen trotz aller dieser Widerstände möglich machten.³⁰ Für Israel ging es darum, mit Hilfe der deutschen Wiedergutmachung den Aufbau des Landes und die Existenzsicherung der vielen zugewanderten Neubürger Israels zu gewährleisten: „Ohne die deutschen Wiedergutmachungsleistungen hätte der erst vor wenigen Jahren gegründete Judenstaat vor dem wirtschaftlichen Bankrott gestanden.“³¹ Für Deutschland war aus Sicht der Realpolitik das Wiedergutmachungsabkommen „eine Art ‚Rentree-Billet‘ in die (internationale) Gesellschaft“³². Der Vollständigkeit halber soll erwähnt werden, dass der Historiker Michael Wolffsohn diese allgemein akzeptierte Interpretation der politischen Interessen Deutschlands 1952/53 anzweifelt und der Meinung ist, Deutschland habe „die Eintrittskarte in den Salon der internationalen Politik“ schon vor Abschluss des Luxemburger Abkommens lösen dürfen.³³

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass das Wiedergutmachungsabkommen in beiden Staaten gegen viele Hindernisse durchgesetzt werden musste und in manchen Situationen hart am Rande des Scheiterns stand.³⁴ Durch die Erfüllung des Abkommens über 12 Jahre hinweg, dessen zuverlässige Abwicklung Adenauer auch in Krisenzeiten peinlich

28 Theis (1989), 313. Ein Anhänger von Menachem Begin, der spätere Vorsitzende der Knesset Dov Shilanski, versuchte aus Protest am 5. Oktober 1952 das Außenministerium in die Luft zu sprengen. Neuberger (2005), 15.

29 Dazu auch Gillessen (1988), 559.

30 So beispielweise Neuberger (2005), 16, und Weingardt (2002), 186, aber auch der frühere israelische Botschafter Avi Primor (2005), 73, in diesem Sinne. Niels Hansen, der frühere deutsche Botschafter in Israel, nennt es „interessenpolitische Erwägungen“. Siehe Hansen (1995), 14.

31 Theis (1989), 312-313. Neuberger schreibt dazu: „1952 befand sich Israels Wirtschaft in einem kritischen Stadium. Es waren Jahre der Masseneinwanderung der Überlebenden des Holocaust, und Hunderttausende lebten in Zelten. Devisen waren dringend nötig, um Öl und Getreide einzuführen und Schulden abzubezahlen. Es drohte der wirtschaftliche Zusammenbruch. Die deutschen *schilumim* (Wiedergutmachungsleistungen) bedeuteten zugleich Rettung und die Hoffnung, eine moderne Industrie aufzubauen.“ Neuberger (2005), 17.

32 So die Begrifflichkeit bei Hansen (1995), 14. In diesem Sinne auch Theis (1989), 327-330, Jelinek (2004), 466, in seinem Resümee („...wollte wieder in die Völkerfamilie aufgenommen werden“), und Weingardt (2001), 183 („...das Entreebillet zum Westen“).

33 Wolffsohn (1987), 19-20. Wolffsohn bestreitet auch, dass die Westmächte, v. a. die USA, die Bundesrepublik hinsichtlich der Wiedergutmachung unter Druck gesetzt hätten. Dazu Wolffsohn (1987), 19-29, und Wolffsohn (1988), 691-713.

34 Zum genauen Verlauf der Verhandlungen im niederländischen Wassenaar bei Den Haag siehe die detaillierte Darstellung bei Jelinek (2004), 75-216.

genau im Auge behielt³⁵, erhielt Israel Waren (wie Stahl, Roheisen, chemische Produkte, Agrarprodukte) und Dienstleistungen (wie Transportkosten, Frachtkosten und Versicherungen) im Wert von 3,45 Milliarden Mark³⁶. Zudem aber wurden mit dem Luxemburger Abkommen, unterzeichnet am 10. September 1952, überhaupt erst die Voraussetzungen für die diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik geschaffen, die 1965 schließlich – ebenfalls nach Überwindung zahlreicher Hindernisse – aufgenommen wurden.

2.4. Einschätzungen des Luxemburger Abkommens

Viele Jahre nach Abschluss des Abkommens gelangte Nahum Goldmann, der Vorsitzende der Claims Conference³⁷, zu folgender Sichtweise:

„Juridisch ist das in Luxemburg 1952 unterzeichnete Abkommen einmalig, weil sich die Bundesrepublik bereit erklärt hat, bedeutende Summen an den Staat Israel zu zahlen, der zur Zeit der Nazi-Verbrechen noch nicht existierte, so dass legal für Deutschland nicht die geringste Notwendigkeit bestand, Wiedergutmachungszahlungen zu leisten. [...] Vom wirtschaftlichen Standpunkt sind die deutschen Zahlungen von entscheidender Wichtigkeit für den Staat Israel selbst und die Überlebenden der Nazi-Verfolgung gewesen. [...] ist ihr moralischer Aspekt der wichtigste. Durch den Versuch, die Verbrechen der Nazi-Periode einigermaßen wieder gut zu machen, hat die Bundesrepublik Deutschland eine große Geste getan, die in hohem Maße dazu beigetragen hat, die Beziehungen zwischen dem jüdischen Volk und dem neuen Deutschland auf den Weg der Normalisierung zu leiten. [...] Vom Standpunkt des internationalen Rechts war die Rückerstattungs- und Wiedergutmachungsgesetzgebung eine bahnbrechende Initiative. [...] Dass Deutschland diese Verpflichtung durchgeführt hat, und zwar in einem quantitativ überaus großen Maßstab, war nicht nur an sich eine ungemein eindrucksvolle Tat, sondern sie hat damit ein neues internationales Rechtsprinzip geschaffen. [...]“³⁸

Diese insgesamt positive Bewertung über 30 Jahre nach Abschluss des Abkommens steht für sich. Ruft man sich hingegen verschiedene Begleitumstände des Abkommens in Erinnerung, so fallen doch Schatten darauf. Dazu gehören die Versuche von deutscher Seite, die Höhe der Wiedergutmachungssumme während der Verhandlungen zu

35 So z. B. während der Suezkrise 1956, als die USA die Bundesrepublik aufforderten, ihre Warenlieferungen an Israel einzustellen. Um Israel zum Rückzug aus der Kanalzone zu bewegen, machten die USA großen politischen und wirtschaftlichen Druck, verhängten ein Waffenembargo und andere Sanktionen gegen Israel. Sie drängten darauf, dass sich die Bundesrepublik dem anschließen sollte. In einer seltenen Abweichung von einer sonst weitgehend US-konformen Außenpolitik lehnte Adenauer dies ab mit der Begründung, dass die Erfüllung der Wiedergutmachung als moralische Frage nicht von tagespolitischen Ereignissen abhängen dürfe. Weingardt (2002), 196.

36 Die Summe von 3,45 Milliarden Mark enthielt auch die 450 Millionen Mark für die *Conference of Jewish material Claims against Germany*, kurz *Claims Conference*, als Dachverband und Rechtsvertretung von 22 Organisationen jüdischer Flüchtlinge außerhalb Israels (gegr. 25.10.1951), deren Vorsitzender Nahum Goldmann war. Weingardt (1998), 94, Anm. 1.

37 Dazu auch Fußnote 36.

38 Goldmann (1981), 215-216.

drücken³⁹, das Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag bei der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens am 18. März 1953⁴⁰, und nicht zuletzt auch die niedrige Akzeptanz sowohl in der israelischen als auch in der deutschen Bevölkerung⁴¹. In Deutschland scheint noch heute vielen Bürgern nicht klar zu sein, dass die Wiedergutmachungsleistungen an Israel nach 12 Jahren, also 1965, abgeschlossen wurden.⁴²

3. Der lange Weg zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1965

3.1. Die deutsche Israelpolitik zwischen Hallstein-Doktrin und moralischer Indifferenz

Schon während der Verhandlungen zum Luxemburger Abkommen waren von deutscher Seite vorsichtige Wünsche hinsichtlich diplomatischer Beziehungen geäußert worden, was aber damals für Israel noch überhaupt nicht vorstellbar war. Sowohl in Regierungskreisen als auch in der Bevölkerung wäre dies weder verstanden noch akzeptiert worden.⁴³ Wenige Jahre später, nachdem die zuverlässige deutsche Erfüllung des Luxemburger Abkommens⁴⁴ und die damit einhergehenden vermehrten Kontakte im Bereich der Wirtschaft zwischen Deutschen und Israelis vertrauensbildend gewirkt hatten,

39 Der deutsche Unterhändler in Wassenaar, Küster, der sich verbittert über die ablehnende Haltung des Finanzministers Fritz Schäffer und Adenauers schwankende Meinung im Mai 1952 zum Rücktritt als Verhandlungsführer entschloss, schrieb: "Ich habe die Bundeskanzlei verlassen mit dem brennenden Gefühl der Scham, einem Volk anzugehören, dessen Regierung ihm bei einer Haushaltssumme von 20 Milliarden Mark, nicht vorzuschlagen wagt, jährlich 100 Millionen für die Wiedergutmachung aufzubringen." Zitiert bei Jelinek (2004), 192. Erst Küsters Rücktritt ließ Adenauer den Ernst der Lage erkennen.

40 Adenauer gelang es nicht, große Teile seiner Partei von der Notwendigkeit und Angebrachtheit der Wiedergutmachung zu überzeugen, so dass die Annahme des Abkommens nur durch die uneingeschränkte Zustimmung der SPD möglich wurde. Jelinek (1994), 116. Von 360 abgegebenen Stimmen (von insgesamt 401 Abgeordneten) stimmten im Deutschen Bundestag 239 mit „Ja“, 35 mit „Nein“, 86 enthielten sich. Nur die SPD-Fraktion stimmte geschlossen dafür, während sich nicht einmal die Hälfte der Koalitionsparteien CDU/CSU, FDP und DP zur Zustimmung entschließen konnte. Die Kommunistische Partei lehnte Zahlungen in dieser Form als westliche kapitalistisch-imperialistische Einflussnahme ab. Weingardt (2002), 195.

41 Zur Haltung der Deutschen zur Wiedergutmachung bis 1989 im Rahmen von EMNID-Umfragen siehe Bergmann/Erb (1991), 257-266, die die Umfrageergebnisse zu antisemitischen Einstellungen in Beziehung setzen. Die EMNID-Fragen scheinen so gestellt zu sein, als gäbe es 1989 immer noch Wiedergutmachungsleistungen von Deutschland an Israel.

42 Weingardt (2002), 182, bzw. 200: „3,45 Milliarden DM in Waren- und Dienstleistungen, abgegolten bis zum Jahr 1965. Das war die deutsche „Wiedergutmachung“ an den Staat Israel. Was darüber hinaus an Geldern und Leistungen floss, hat mit zwischenstaatlicher „Wiedergutmachung“ nichts zu tun. Zinspflichtige Kredite wurden gewährt wie anderen Staaten auch [...] Individuelle Entschädigung an Opfer des Nationalsozialismus wurde geleistet, an Juden, wo immer sie lebten, aber nicht an den Staat Israel. Humanitäre Soforthilfe wie nach den Raketeneinschlägen von 1991 wurde geleistet. Einige Millionen Mark, nachdem man deutsche Giftgastechnik in den Irak gelangen lassen hatte. [...] jedoch mit „Wiedergutmachungs“-Leistungen an den Staat Israel hat dies alles nichts gemein. Seit 35 Jahren nicht mehr. Es wird Zeit, zu differenzieren und die Begrifflichkeiten anzupassen.“

43 Weingardt (1998), 95.

44 Siehe dazu Anmerkung 35.

schlug Ben Gurion seinerseits diplomatische Beziehungen vor. Nun aber hatte sich die deutsche Position insofern geändert, als die Bonner Regierung befürchtete, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel müsse zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu den arabischen Staaten und zu entsprechenden negativen wirtschaftlichen Folgen für die Bundesrepublik führen. Die arabischen Staaten hatten schon 1952 gegen das Luxemburger Abkommen Einfluss zu nehmen versucht⁴⁵, das zu einer wirtschaftlichen Stärkung Israels führen musste, dessen Existenzrecht sie bestritten. Mit der seit September 1956 geltenden Hallstein-Doktrin war ihnen nun ein Erfolg versprechendes Mittel in die Hand gegeben, Druck auf Bonn auszuüben.

Mit der Hallstein-Doktrin, die besagte, dass jedem Staat, der Beziehungen zur DDR aufnähme, der Abbruch der Beziehungen zur Bundesrepublik drohte, hatte die junge Bundesrepublik sich einen außenpolitisch „wunden Punkt“⁴⁶ zugelegt, der in dieser Situation von den arabischen Staaten ausgenutzt wurde - zum Nachteil Israels. Zudem gehörte die Hallstein-Doktrin zu einem sehr komplexen Koordinatensystem, innerhalb dessen sich das deutsch-israelische Verhältnis bewegte. Bestimmende Koordinaten dieses Systems waren der Kalte Krieg – der die Teilung Deutschlands und die Hallstein-Doktrin als deren Folge nach sich zog - sowie der israelisch-arabische beziehungsweise israelisch-palästinensische Konflikt und die zunehmende Bedeutung der EWG (später EU)

Diese für die weitere Entwicklung des israelisch-deutschen Verhältnisses schon äußerlich schwierigen Rahmenbedingungen blieben zudem immer belastet durch den Zivildisziplinarbruch der Ermordung von sechs Millionen Juden durch Deutsche und im deutschen Namen. Die Erinnerung an den Holocaust und die daraus erwachsende Verantwortung blieben ein ständiges Thema des Dialogs, das bisweilen zwar in den Hintergrund zu rücken schien, aber nie verschwand.

1955/56 überwogen Adenauers Befürchtungen vor einem Wirtschaftsboykott oder der Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten, die sowohl im Bundestag als auch im Auswärtigen Amt ihre Fürsprecher hatten.⁴⁷ Erst im März 1960, im Zusammenhang mit einem persönlichen Treffen Adenauers mit David Ben Gurion⁴⁸, kam er Israel mit der Gewährung eines Kredits von 500 Millionen Dollar („Aktion Geschäftsfreund“)

45 Etwa durch Berufung auf die traditionelle deutsch-arabische Freundschaft, Appelle an die „deutsche Ehre“, Androhung eines Wirtschaftsboykotts oder auch die Beschimpfung Adenauers als „Werkzeug des Weltjudentums und der Alliierten“. Weingardt (2005), 23.

46 Weingardt (2005), 24.

47 Weingardt spricht von „proarabischer Wirtschaftslobby im Bundestag“, Weingardt (2005), 24. Jelinek (1994) beschreibt ausführlich die „Arabisten“ der Abteilung 3 für den Nahen Osten im Auswärtigen Amt, die sich dezidiert für die Erhaltung und Pflege der Beziehungen zu den arabischen Staaten ausgesprochen hätten, 121 und 126-127. Außenminister Heinrich von Brentano soll von ihnen stark beeinflusst gewesen sein.

48 Dazu die Beschreibung der Begegnung bei Rath (1994).

entgegen, der in mehreren Raten von maximal je 150 Millionen Dollar zur Auszahlung kam. Offenbar sah sich Adenauer zu diesem „haushaltstechnischen Trick“ der Ratenzahlung veranlasst, um den Kredit an Israel nicht dem Deutschen Bundestag offenbaren zu müssen.⁴⁹ Die diplomatischen Beziehungen wurden Israel nach wie vor verweigert, und Deutschland war nicht einmal bereit, eine der israelischen Handelsmission in Köln entsprechende Einrichtung in Israel zu eröffnen.⁵⁰

Eine zutiefst ambivalente Haltung der deutschen Regierung gegenüber Israel kam in dieser Phase zwischen 1953 und 1960 zum Ausdruck: Die Wiedergutmachungsleistungen wurden zuverlässig erfüllt, Adenauer verschaffte Israel auch einen hilfreichen Kredit, den er aber offenbar dem Parlament verschweigen zu müssen glaubte, in der Frage der diplomatischen Beziehungen aber kam es zu einem völligen Stillstand. Helmut Gollwitzer spitzte das moralische Urteil darüber zu:

„Der Skandal besteht darin, dass nicht die Überlebenden des Volkes der Ermordeten zögern, zum Volke der Mörder normale Beziehungen aufzunehmen, sondern dass die Überlebenden des Volkes der Mörder zögern, ihre Beziehungen zu den Überlebenden des Mordes zu normalisieren.“⁵¹

In den Jahren zwischen 1960 und 1965 kamen zu dieser deutschen Verweigerungshaltung gegenüber Israel immer wieder schwere Belastungen des deutsch-israelischen Verhältnisses, darunter:

- 1960: zahlreiche antisemitische Vorfälle in der Bundesrepublik
- 1961: der Eichmann-Prozess in Jerusalem
- 1962-1965: die Mitarbeit deutscher Raketenexperten in der ägyptischen Raketenentwicklung
- seit 1964: die Verjährungsdebatte⁵²

3.2. Pro oder contra Israel: Ludwig Erhards Durchbruch

Eine Befragung der Bundesbürger durch EMNID im Juli 1963 zur Anknüpfung diplomatischer Beziehungen mit Israel ergab 38 Prozent Zustimmung und 26 Prozent Ablehnung, der Anteil der Unentschiedenen lag bei 36 Prozent. Der Staatsbesuch Walter Ulbrichts in Kairo, im Februar 1965, der einer De-facto-Anerkennung der DDR durch Ägypten gleich kam, brachte Bewegung in die Einstellung der Bürger: Im März 1965

49 Weingardt (1998), 96.

50 Näheres zu den entsprechenden Vorgängen im Auswärtigen Amt bei Jelinek (1994), 125-126.

51 Helmut Gollwitzer zitiert bei Theis (1989), 342.

52 Zu den einzelnen Ereignissen siehe Weingardt (2005), 24-25, und Weingardt (1998), 96-98. Die Verjährungsdebatte wurde 1969 und 1979 jeweils wieder zu einem innerdeutschen und auch deutsch-israelischen Konfliktthema.

sprachen sich 46 Prozent der Befragten für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel aus, nur noch 20 Prozent waren dagegen, 34 Prozent waren immer noch unentschieden. Befürworter der Beziehungen fanden sich 1963 und 1965 vor allem unter SPD-Anhängern und bei den Jüngsten der Befragung (16 bis 29 Jahre); Gegner der Beziehungen fanden sich 1963 vor allem unter FDP-Anhängern (46 Prozent), die sich aber 1965 zunehmend (von 37 auf 53 Prozent) für die Beziehungen aussprachen, bei einem Teil der CDU- und der CSU-Anhänger, aber auch unter der ländlichen Bevölkerung. Sowohl diese Umfrage von EMNID im März 1965 als auch eine ähnliche Umfrage von Allensbach ergaben, dass die Zustimmung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel mit dem Grad der Ausbildung auffallend wuchs.⁵³

Wie der Staatsbesuch von Ulbricht in Ägypten im Februar 1965 die Bundesbürger dazu brachte, ihre Haltung zu Israel zu überdenken, so kam auch auf der politischen Ebene Bewegung in das deutsch – israelische Verhältnis. Ludwig Erhard, seit Oktober 1963 Bundeskanzler, stornierte nach diesem ägyptischen Affront gegenüber der Bundesrepublik die Wirtschaftshilfe an Ägypten. Dies wiederum löste Proteste und eine Resolution aller arabischen Außenminister aus, die den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik androhten, falls diese reguläre Beziehungen zu Israel aufnehmen würde.

„Damit war der Bundesregierung in kürzester Zeit gelungen, was sie seit 15 Jahren mühsam und durch manch „faulen Kompromiss“ zu vermeiden suchte: ihre Beziehungen zu Israel und zur arabischen Welt wesentlich zu verschlechtern. Die deutsch-israelischen Beziehungen hatten einen Spannungshöhepunkt erreicht. Das deutsche Verhältnis zum Nahen Osten war Mitte der sechziger Jahre in eine völlige Krise geraten, die sich auf die israelische wie auch arabische Seite erstreckte.“⁵⁴

In dieser verfahrenen Situation, „von uneinigen Ministern und Ratgebern umgeben, die zu verschiedenen Maßnahmen drängten“⁵⁵, entschloss sich Bundeskanzler Erhard zu einem „Befreiungsschlag“ und gewann damit auch wieder die Souveränität der Entscheidung: Er gab am 7. März 1965 den Entschluss bekannt, diplomatische Beziehungen zu Israel anzustreben. „Bundeskanzler Erhard kommt das Verdienst zu, den scheinbar unlösbaren Gordischen Knoten durchschlagen zu haben.“⁵⁶

53 Wolffsohn (1986), 53-54.

54 Weingardt (1998), 99.

55 Weingardt (1998), 99

56 Deutschkron (1992), 62.

Da die Knesset „in einem Zwiespalt von Gefühl und Verstand“⁵⁷, aber doch mit deutlicher Mehrheit der Aufnahme der Beziehungen zustimmte, konnte es schon im August 1965 zum Austausch der Botschafter kommen.⁵⁸

Die Beziehungen zu Ägypten wurden von Seiten der Bundesrepublik nicht abgebrochen, so dass die Hallstein-Doktrin unterlaufen wurde. Zwar brachen zehn der dreizehn Staaten der arabischen Liga ihrerseits umgehend die Beziehungen zur Bundesrepublik ab, nahmen sie aber alle nach und nach bis 1974 wieder auf. Die arabischen Reaktionen erwiesen sich mittelfristig als wenig erfolgreich. Bis 1969 nahm kein arabischer Staat offiziell Beziehungen zur DDR auf. Rückblickend kann festgehalten werden, dass die Hallstein-Doktrin sich für die Außenpolitik der Bundesrepublik gegenüber Israel, in all ihrer Komplexität und unter den gegebenen Vorbelastungen, als nachteilig erwiesen hat:

„Vom heutigen Standpunkt betrachtet, beinhaltet die Hallstein-Doktrin wenig Weisheit, und ihre Anwendung benachteiligte vor allem den westdeutschen Staat. Das größte Opfer im Ausland war der Staat Israel, neun Jahre lang.“⁵⁹

Avi Primor, israelischer Botschafter in Deutschland von 1993 bis 1999, zog aus großer zeitlicher Distanz (2005) folgendes Resümee aus israelischer Sicht zu den Vorgängen 1965:

„Ich glaube, dass diese Beziehungen [i. e. die zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen Israelis und Deutschen aufgrund des Wiedergutmachungsabkommens] dazu geführt haben, dass wir 1965 schon so weit waren, auch diplomatische Beziehungen aufzunehmen, obwohl das auch dann noch nicht selbstverständlich war, bei weitem nicht. Aber man konnte sich dieser Idee schon irgendwie annähern. Die großen Schwierigkeiten lagen übrigens nicht nur auf Seiten der Israelis, sondern auch auf Seiten der Bundesregierung. Es gab schon damals Probleme mit der Anerkennung der DDR durch die arabischen Länder. Also war es nicht so einfach, mit den Israelis diplomatische Beziehungen zu knüpfen. Tatsache war aber, dass man auf beiden Seiten reif geworden war, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Seitdem haben sich die Beziehungen entwickelt, wie selbst 1965 niemand vorhersehen konnte.“⁶⁰

Seit 1965 stehen die Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik auf einer sicheren Basis. Was geblieben ist und vermutlich immer bleiben wird, ist eine Fragilität und Konflikthanfälligkeit der Beziehungen beider Länder vor allem aufgrund des Holo-

57 So wird der israelische Ministerpräsident Levi Eschkol (1895-1969) bei Weingardt (1998), 100, zitiert.

58 Der erste israelische Botschafter in Bonn wurde Asher Ben-Nathan, zuvor Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums, erster Botschafter der Bundesrepublik in Israel wurde Rolf Pauls.

59 Jelinek (1994), 137.

60 Primor (2005), 75.

caust. Diese Vergangenheit ist mit konstitutiv für die Beziehungen, und „die moralische Dimension bleibt [...] weiter präsent“⁶¹

4. Spannungen und Irritationen zwischen Israel und der Bundesrepublik: das Beispiel 1991

Von den nach 1965 in den deutsch-israelischen Beziehungen immer wieder auftretenden Belastungen, die mehr oder weniger gravierend waren, können folgende Ereignisse beispielhaft genannt werden:

- 1972: Der Anschlag der palästinensischen Terrorgruppe „Schwarzer September“ während der Olympischen Spiele in München auf die israelische Olympiamannschaft, in dessen Verlauf alle elf Israelis den Tod fanden, sowie antisemitische Tendenzen im Umfeld und in der Folge Studentenbewegung
- 1974: Die Unterstützung des ersten Vertreters der Bundesrepublik bei der UNO, Rüdiger von Wechmar, für die Aufnahme der PLO in den Beobachterstatus mit den Worten: „Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes.“
- Massive Spannungen zwischen Ministerpräsident Menachem Begin und Bundeskanzler Helmut Schmidt seit 1977, die 1981 zu einem Eklat führten.
- 1984: Bundeskanzler Helmut Kohls nicht sehr geglückter Israelbesuch, während dessen er die Formulierung von der „Gnade der späten Geburt“ prägte.
- 1986/87: Der so genannte „Historikerstreit“ über die Vergleichbarkeit beziehungsweise Einzigartigkeit des Holocaust, und die auch damit einhergehende Debatte um einen „Schlusstrich“.
- Seit 1990: Das Anwachsen der fremdenfeindlichen Übergriffe im wieder vereinigten Deutschland.⁶²

Zu einer besonders schwerwiegenden Krise zwischen Israel und Deutschland kam es während des Zweiten Golfkrieges (17.01.1991 – 27.02.1991), als vom 18. Januar 1991 an irakische Scud-Raketen auf Israel fielen, die insgesamt über 70 Opfer in der israelischen Bevölkerung forderten (durch die Angriffe selbst, durch von Angst ausgelösten Herzattacken und durch Unfälle mit Gasmasken). Schnell wurde bekannt, dass ver-

61 Hansen (1995), 14.

62 Näheres zu den genannten Ereignissen bei Weingardt (1998), 105-110, Weingardt (2005), 27-28.

schiedene deutsche Firmen den Irak mit Militärgut und Technik beliefert hatten, die die Reichweite der Raketen vergrößert und die Raketen bestückt hatten: Das schreckliche Wort vom „deutschen Gas“ in irakischen Mittelstreckenraketen kam in Israel auf und „beleuchtete erneut schlaglichtartig, auf welch dünnem Eis sich unsere Beziehungen – „vergangenheitsbedingt“ – noch bewegen,“ wie der frühere deutsche Botschafter in Israel Nils Hansen später (1995) dazu feststellte.⁶³ Auch die Reise nach Israel, die Außenminister Genscher und weitere deutsche Politiker unternahmen, um Israel-Israhel der deutschen Solidarität zu versichern⁶⁴, Wiederaufbauhilfe und Soforthilfe für humanitäre Maßnahmen zuzusagen, änderte wenig an der hellen Empörung in Israel über die indirekte Beteiligung Deutschlands. Hinzu kamen deutsche Antikriegsdemonstrationen unter dem Motto „Kein Blut für Öl“, das in Israel fälschlicherweise als gegen Israel gerichtet verstanden wurde. Die israelische Bevölkerung „vermisste an Genschers Schecks die moralische Deckung“⁶⁵ und reagierte verbittert und ablehnend auf die deutschen Versuche zu kitten, was noch zu kitten war. Yohanan Meroz, langjähriger israelischer Botschafter in Deutschland, meinte 1992, dass das deutsch-israelische Verhältnis in vierzig Jahren keine schwerer wiegenden Rückschläge erlebt habe als im Zusammenhang mit dem Golfkrieg.⁶⁶

5. Resümee : „Normale“ Beziehungen zwischen Israel und Deutschland?

Immer wieder wurde und wird die Frage gestellt, ob die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland „normal“ oder „normalisiert“ seien oder werden könnten. Adenauer brachte schon 1953 vor dem Bundestag die Hoffnung zum Ausdruck, dass es zu einer „Normalisierung der Beziehungen“ zwischen der Bundesrepublik und Israel kommen werde.⁶⁷ Willy Brandt prägte 1973 bei seinem Israelbesuch die Formel von den „normalen Beziehungen mit besonderem Charakter“.⁶⁸ Bundespräsident Horst Köhler hingegen verneinte bei seinem Israelbesuch 2005 die Möglichkeit von „Normalität“ zwischen beiden Ländern.⁶⁹

63 Hansen (1995), 18. Zur Verwicklung verschiedener deutscher Firmen in die Irakkieferungen von Technik und Militärgut siehe auch Backhaus (1991).

64 Dazu u. a. ‚Deutsche stehen an der Seite Israels‘. In Süddeutsche Zeitung vom 25.01.1991.

65 So zitiert Weingardt Inge Deutschkron (1998), 110.

66 So Yohanan Meroz bei Weingardt (1998), 110, zitiert.

67 So zitiert bei Jelinek (1994), 117.

68 Dazu Weingardt (1998), 104.

69 Ansprache von Bundespräsident Horst Köhler vor der Knesset in Jerusalem am 2. Februar 2005. Im Internet unter: <http://www.bundespraesident.de/Reden-und-Interviews-,11052.622> [Stand vom 9.07.2007].

Zweierlei lässt sich zur Frage von „Normalität“ zwischen Israel und Deutschland festhalten:

- Erstens: Bei einem Teil der Äußerungen, die dadurch allerdings in beiden Ländern zu Missverständnissen Anlass gaben, meint offenbar der Begriff „Normalisierung“ nur die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. In diesem Sinne kann Adenauers Formulierung 1953 verstanden werden, aber auch die Verwendung dieses Begriffs bei manchen Autoren, beispielsweise wenn Yeshayahu A. Jelinek in der Schilderung der Ereignisse des Jahres 1952 schreibt: „Die Bundesrepublik zog die sogenannte Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten in Erwägung, wohingegen Israel sofort dahingehende Gespräche blockierte.“⁷⁰ Es lässt sich nicht entscheiden, ob der Begriff Normalisierung bis 1965, dem Zeitpunkt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, ausschließlich so benutzt wurde.
- Zweitens: Weit häufiger aber meint die Formel von der Normalisierung der Beziehungen, dass es darum geht, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel so sein könnten oder sollten wie zwischen Deutschland und allen anderen Ländern: also unbelastet von dem schwierigen Kapitel der NS-Vergangenheit, das Deutschland Verantwortung für die Verbrechen sowie Rücksichtnahme, gegenüber den Menschen in Israel abverlangt – eine Rücksichtnahme, die sich nicht durch den allmählichen Tod der „Opfergeneration“ erübrigt. Überlegungen in diese Richtung finden sich etwa in einem Interview, das Franz Josef Strauß 1977 gab. Dort hieß es: „Die Zeit, in der wir Deutschen wegen der Schatten der Vergangenheit gehindert waren, weltpolitische Verantwortung zu übernehmen, muss jetzt endgültig der Vergangenheit angehören. Wir wollen von niemandem mehr, weder von Washington noch von Moskau, [...] auch nicht von Tel Aviv, ständig an unsere Vergangenheit erinnert [...] werden [...]“⁷¹ In diesem Sinne kann auch die Mündliche Frage des Abgeordneten Richard Ey (CDU)⁷² verstanden werden, der von der Bundesregierung erfahren wollte: „Bestehen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel eher ‚noch besondere‘ oder ‚schon normale‘ Beziehungen?“⁷³

Es sieht aber danach aus, dass im Laufe der Jahre, Hand in Hand mit einer immer intensiveren Erforschung des Holocaust und einer anhaltenden gesellschaftlichen Präsenz

70 Jelinek (1994), 116.

71 Zitiert bei Weingardt (1998), 111.

72 BT-Drs. 8/3173 vom 14.09.1979, Frage 98.

73 Die Antwort der Bundesregierung lautete in der 173. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. September 1979 – ausweichend -: „Außenminister Dayan hat die Bundesrepublik Deutschland als befreundetes Land bezeichnet. Von daher bestimmen sich auch die Beziehungen.“

dieses Themas in Deutschland, eine Entwicklung bei den Protagonisten der Politik stattgefunden hat, die das Besondere der deutsch-israelischen Beziehungen akzeptiert oder sogar betont. So trug der fraktionsübergreifende Antrag zum 40. Jahrestag der deutsch-israelischen Beziehungen im Jahr 2005⁷⁴ schon in der Überschrift die Wendung „Im Wissen um die Vergangenheit die Zukunft gestalten“, die das Motto der Arbeit von Yad Vashem aufnimmt. Im Text des Antrages heißt es dann: „Die deutsch-israelischen Beziehungen werden immer einen besonderen Charakter haben.“ Die Rede von Bundespräsident Horst Köhler in der Knesset im Februar 2005 beinhaltet den Satz: „Zwischen Deutschland und Israel kann es das nicht geben, was man Normalität nennt.“⁷⁵

Inwieweit die Deutschen der Politik und den Politikern hierin folgen, wird immer wieder zu fragen sein. Auch wenn heute nur noch eine kleine Minderheit unter den Deutschen lebt, die in die Geschehnisse der NS-Zeit persönlich involviert war, so gibt es doch immer wieder Manifestationen von Antisemitismus und Antiisraelismus. In Israel wird auch – sicher nicht zu Unrecht – die deutsche Bevölkerung kritischer beobachtet als ihre Politiker.⁷⁶

Der frühere deutsche Botschafter in Israel, Niels Hansen, warnt bei aller Skepsis aber auch davor, die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland „ausschließlich im Lichte der [...] vergangenheitsbestimmten Kategorien zu beurteilen“, denn „sie haben [...] darüber hinaus einen Wert an sich gewonnen.“⁷⁷ Unumstößlich ist jedoch Folgendes: „Die moralische Dimension bleibt [...] weiter präsent.“⁷⁸

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund und auf dieser Basis hat Bundeskanzlerin Merkel am 18. März 2008 vor der Knesset festgestellt:

„Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar – und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben.“⁷⁹

74 BT-Drs. 15/5464 vom 11.05.2005.

75 Wie Anmerkung 69.

76 So zitiert Niels Hansen Moshe Zimmermann aus einer Veröffentlichung des Jahres 1994. Hansen (1995), 18.

77 Hansen (1995), 14.

78 Wie Anmerkung 77.

79 <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2008/03/2008-03-18-rede-merkel-vor-der-knesset.html> (Stand: 24. April 2008)

6. Literaturverzeichnis

Backhaus, Michael, Herbert Uniewski und Charlotte Wiedemann, Die Schuld der Deutschen. In Stern vom 31.01.1991.

Bergmann, Werner und Rainer Erb (1991). Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946-1989. Opladen: Leske und Budrich.

Deutsche stehen an der Seite Israels. In Süddeutsche Zeitung vom 25.01.1991.

Deutschkron, Inge (1992). Die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel – eine Bilanz. In Deutschland und Israel: Solidarität in der Bewährung. Bilanz und Perspektiven der deutsch-israelischen Beziehungen. Hrsg. von Ralph Giordano. Gerlingen: Bleicher. 55-72.

Erb, Rainer (1990). Die Rückerstattung: ein Kristallisationspunkt für Antisemitismus. In Bergmann, Werner und Rainer Erb (Hrsg.), Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945. Opladen: Westdeutscher Verlag. 238-252.

Erinnerung und Ausblick. Die deutsch-israelischen Beziehungen: ein gemeinsames Papier. [2005] In Internationale Politik. Jg. 61. 2006. Heft 6. 77-81.

Gillessen, Günther (1988). Konrad Adenauer und der Israel-Vertrag. In Politik, Philosophie, Praxis. Festschrift für Wilhelm Hennis zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Hans Maier u. a. Stuttgart: Klett-Cotta. 556-568.

Goldmann, Nahum (1981). Über die Bedeutung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts. In Die Freiheit des Anderen. Festschrift für Martin Hirsch. Hrsg. von Hans Jochen Vogel. Baden-Baden: Nomos. 215-217.

Hansen, Niels (1995). Normalisierung und Einzigartigkeit. Deutschland und Israel drei Jahrzehnte nach dem Botschafteraustausch. In Aus Politik und Zeitgeschichte. 1995. Heft 16. 14-18.

Hansen, Niels (2002). Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion. Düsseldorf: Droste.

Jelinek, Yeshayahu A. (1994). Eine wechselvolle Reise. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1952-1965. In „Macht bedeutet Verantwortung“. Adenauers Weichenstellungen für die heutige Politik. Hrsg. von Gerd Langguth. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik. 115-137.

Jelinek, Yeshayahu A. (2004). Deutschland und Israel 1945-1965. Ein neurotisches Verhältnis. München: Oldenbourg.

Köhler, Horst (2005). Ansprache von Bundespräsident Horst Köhler vor der Knesset in Jerusalem. [02.02.2005]. In Internet unter: <http://www.bundespraesident.de/Reden-und-Interviews-,11057.622> [Stand vom 09.07.2007].

Neuberger, Benyamin (2005). Israel und Deutschland: Emotionen, Realpolitik und Moral. In Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg.55. 2005. Heft 15. 14-22.

Oz, Amos (2005): Israel und Deutschland. Vierzig Jahre nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. Aus dem Hebräischen von Lydia Böhmer. Frankfurt/Main: Suhrkamp

Primor, Avi (2005). Gedächtnis, Ressentiment und Diplomatie – Deutsch-israelische Beziehungen zwischen historischer Verantwortung und Realpolitik. In: Deutschland und Israel. Ein Symposium. Hrsg vom Auswärtigen Amt. Berlin. 69-76.

Rath, Ari (1994). Die historischen Begegnungen der beiden großen Staatsmänner Konrad Adenauer und David Ben-Gurion – New York, März 1960 und Israel, Mai 1966. In Recht und Wahrheit bringen Frieden. Festschrift aus Israel für Niels Hansen. Hrsg. von Shmuel Bahagon. Gerlingen: Bleicher. 214-219.

Theis, Rolf (1989). Wiedergutmachung zwischen Moral und Interesse: eine kritische Bestandsaufnahme der deutsch-israelischen Regierungsverhandlungen. Frankfurt am Main: VAS. (Zugl.: Hamburg, Univ. Diss., 1988.)

Weingardt, Markus A. (1998). Taktik ohne Konzept? Hintergründe der deutschen Israel-Politik von den Anfängen bis heute. In Tribüne. Jg. 37. Heft 145. 94-114.

Weingardt, Markus A. (2002). Deutsche Israel- und Nahost-Politik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949. Frankfurt am Main: Campus.

Weingardt, Markus A. (2005). Deutsche Israel-Politik: Etappen und Kontinuitäten. In Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 55. Heft 15. 22-31.

Wolffsohn, Michael (1986). Deutsch-israelische Beziehungen. Umfragen und Interpretationen 1952-1986. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Wolffsohn, Michael (1987). Die Wiedergutmachung und der Westen – Tatsachen und Legenden. In Aus Politik und Zeitgeschichte. Jg. 37. Heft 16/17. 19-29.

Wolffsohn, Michael (1988). Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von 1952 im internationalen Zusammenhang. In Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Jg. 36. Heft 4. 691-731.



W